

FDP Krefeld: Fall Harb - Integrationsrat wartet noch immer auf Antwort der Stadt

Im Fall Harb warten die Mitglieder des Integrationsrats inzwischen seit mehr als einem Monat auf die Beantwortung eines Fragenkatalogs durch die Stadtverwaltung, der bei der letzten Sitzung am 28. Mai mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Darin ging es insbesondere um Frage, was mit dem abgeschobenen Adnan Harb geschehen wird, sollte die Türkei ihn nicht als türkischen Staatsbürger anerkennen. Harb befindet sich nach seiner umstrittenen Abschiebung inzwischen seit zwei Monaten in der Nähe von Istanbul, ohne dass sein Aufenthaltsstatus abschließend geklärt ist. Er hat noch immer keine türkischen Ausweispapiere.

Florian Philipp Ott, FDP-Ratsherr und Mitglied des Integrationsrates, erklärt dazu: "Das inzwischen monatelange Martyrium, das Adnan Harb und seine Familie durchleiden, wird von Tag zu Tag schrecklicher. Mehr als zwei Monate nach der Abschiebung, besteht für Adnan Harb noch immer keine Gewissheit über seine Aufenthaltssituation in der Türkei. Ob er jemals einen türkischen Pass erhalten wird, ist noch immer offen. Dabei hatte die Verwaltung gegenüber dem Rat stets erklärt, dass Harb angeblich zweifelsfrei Türke sei und er die türkische Staatsbürgerschaft problemlos erlangen könne. Eine Aussage, die wir Freien Demokraten von Beginn an bezweifelt haben."

Ott weiter: "Adnan Harb und seine Familie brauchen endlich Gewissheit. Das gilt sowohl für die Frage der Staatsbürgerschaft, als auch für die Frage was geschieht, sollte die Türkei ihm den von der Krefelder Verwaltung versprochenen Pass verweigern. Wird die Einreisesperre gegen ihn dann wieder aufgehoben? Darf er dann nach Krefeld zurückkehren? Wer kommt in diesem Fall für die Kosten der Abschiebung auf? All diese dringenden Fragen hat der Integrationsrat am 28. Mai mit breiter Mehrheit und auf Antrag der FDP an den zuständigen Stadtkämmerer Ulrich Cyprian gestellt und eine schnelle Beantwortung gefordert. Diese Antwort steht heute, mehr als fünf Wochen später, noch immer aus. Wir fordern deshalb erneut eine umgehende und schriftliche Stellungnahme von Ulrich Cyprian gegenüber dem Integrationsrat."